

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Runder Tisch „Kinder und Corona-Pandemie“ erforderlich

Wo bleiben konkrete Maßnahmen der Stadt für unsere Kinder?

Die Schwimmverbände und die DLRG in Baden-Württemberg schlagen Alarm: Seit Beginn der Corona-Pandemie haben 100.000 Kinder kein Schwimmen gelernt. Erhielten 2019 noch 9.500 Kinder das Seepferdchen-Abzeichen, waren es 2020 nur noch 2.500 Kinder. Sicher im Wasser sind sie aber erst mit dem Bronze-Abzeichen, das von 6.000 (2019) auf 1.400 Kinder zurückging.

Dabei geht es nicht nur darum, dass sich Kinder in Bädern, Seen oder am Meer problemlos aufhalten können. Der Rückgang der Schwimmkurse bedeutet mangelnde Bewegung, geringere Körperbeherrschung und weniger Selbstvertrauen mit Folgen für Gesundheit und Übergewicht.

Allein in Tübingen warten mehr als 2.000 Kinder auf einen Schwimmkurs. Deshalb fordern die beiden Verbände zusätzlich zu den Freibädern die Öffnung der Hallenbäder, weil diese wetterunabhängig Kurse anbieten können. Auch für Rottenburg ist das nötig, forderte **DIE LINKE** gegenüber den Stadtwerken, bevor das Hallenbad we-

gen Arbeiten an der Hohenberg-Schule Ende Juli ganz geschlossen wird.

Prekäre Sporthallen-Situation

In Rottenburg verschlechtern sich zu-



dem die Kindersportangebote des TV 1861 (TVR), der eine hervorragende Kinder- und Jugendarbeit macht. Aber das Paul-Klee-Gymnasium und das Eugen-Bolz-Gymnasium (EBG) haben im nächsten Schuljahr mehr Klassen. Da die Schulen ein Vorrecht bei der Belegung der Sporthallen bis 17.30 Uhr haben, verringern sich die Belegungsmöglichkeiten für nicht-schulische Angebote. So schreibt der TVR an die Gemeinderäte:

„In Rottenburg müssen Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren bis zu einem Jahr warten, um Sportangebote des

TVR wahrnehmen zu können. Gerade bei den Kleinsten ist die motorische Entwicklung bzw. Förderung sehr wichtig und später nicht mehr aufzuholen.“

Der TVR verweist auf die Notwendigkeit einer neuen Halle im Kreuzerfeld und fordert zudem eine Machbarkeitsstudie für eine weitere Halle auf dem Hohenberg. **Unerbittlich deckt die Corona-Pandemie die Versäumnisse der letzten Jahre im Bildungsbereich auf!**

Kinder dürfen keine Verlierer sein

Am Schwimmen wird deutlich, wie wenig sich die politisch Verantwortlichen in der Corona-Pandemie um die junge Generation kümmern. In den letzten Sitzungen des Gemeinderats machte **DIE LINKE** immer wieder auf die schwierige Lage von Kindern aufmerksam und brachte Vorschläge ein. Warum können Trainer aus Sportvereinen, die beschäftigungslos sind, Kinder in kleinen Gruppen nicht Spiele und Sport zum Vergnügen anbieten? Beengte Wohnungen, Eltern in prekären Arbeitsverhältnissen, gestresst im Home-Office von der Mehrfachbelas-

>>>

Und weiter:	Zweites Stuttgart 21 unter Grün-Schwarz? Seite 3
	Regionalverband ermöglicht Flächenfraß Seite 8
	Süße Verführung nicht nur für Kinder - bitter bezahlt Seite 10
	Jugendvertretung - Planung interessanter Projekte Seite 11



tung überforderte Alleinerziehende – das gibt es nicht nur in Großstädten wie Köln.

Auch bei uns sind Kinder durch Mensaschließungen in den Schulen (Wegfall von gemeinsamen, warmem Essen), durch Quarantäne und Isolation in großen Schwierigkeiten. Sie können ihre Spielkameraden und Freunde nicht treffen, hocken täglich noch mehr Zeit vor dem Bildschirm und ernähren sich oft schlecht.

Ängste, Depressionen können wegen Überlastung der Praxen von Kinderärzten und Psychotherapeuten nicht mehr behandelt werden. Nur bei Selbstmordgefahr wird ein junger Mensch noch aufgenommen! Die Rottenburger Kinderärztin Dr. Claudia Reher und der Kinderarzt Dr. Tobias Pantalitschka schilderten die Situation bereits im Februar sehr anschaulich – passiert ist nichts!

Christopher Prinz (OECD) ist erschrocken darüber, dass sich die Anzahl der Jugendlichen mit Depressionen und Angststörungen in manchen Ländern wie Deutschland durch die Corona-Pandemie verdreifacht hat.

Für Susanne Walitza, Ärztliche Direktorin des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes in Zürich, haben baldige Schulöffnungen einen positiven Effekt auf die psychische Gesundheit, wenn die Sorgen der Kinder und nicht die Wissensvermittlung im Vordergrund steht.

Für die Psychotherapeutin Julia Asbrand (Humboldt-Uni Berlin) sollen Kinder bei Rückkehr in die Schule zuerst über ihre Erfahrungen in der Krise sprechen, im Lehrplan müsse die Gesundheit im Vordergrund stehen, der andauernde Leistungsdruck müsse ab-

gebaut werden. Die psychosoziale Versorgung in Deutschland müsse deutlich ausgebaut werden.

Lokales Präventionsnetzwerk

Jetzt hat Sozialminister Lucha (Grüne) ein „lokales Präventionsnetzwerk als zentrale Strategie gegen Kinderarmut“



vorgeschlagen, für das die Kommunen innerhalb kürzester Zeit Anträge stellen können. Denn von 2009 bis 2019 ist die Kinderarmut in Baden-Württemberg von 12 auf 19 Prozent und damit um mehr als 50 Prozent angestiegen. Das war bereits vor Beginn der Corona-Pandemie und dürfte sich jetzt gravierend verschärft haben. Die Anträge für das Förderprogramm des Landes in Höhe von 600.000 Euro müssen bis zum 10. Juni in Stuttgart vorliegen. Ist das als reines Feigenblatt für Luchas Untätigkeit in den letzten Jahren gedacht?

Anfang Mai hat **DIE LINKE** im Gemeinderat dazu folgende Anfrage gestellt:

„ a) Hat die Stadt Rottenburg genaue Zahlen über das besonders hohe Armutsrisiko von Alleinerziehenden und langzeitarbeitslosen Eltern?

b) Welche Anträge an die Landesregierung wird die Stadt stellen?

c) Was unternimmt die Stadt, um Kindern und Jugendlichen in Armut ihren Wunsch nach unentgeltlichen Freizeitangeboten zu erfüllen, die gerade in Corona-Zeiten wichtig sind?

d) Welche besonderen Unterstützungsmaßnahmen sieht die Stadt für Alleinerziehende vor, z.B. in der Kinderbetreuung?

d) Wie werden Fachkräfte in Kitas und Schulen für das Thema Kinderarmut sensibilisiert, z.B. durch Fortbildungen zu diesem Thema?

e) Welche Maßnahmen werden in Kitas ergriffen, um den intensiven Sprachförderbedarf bei jedem dritten Kind abzudecken, der in den Schuleingangsuntersuchungen entdeckt worden ist?“

(Anfrage **DIE LINKE** im Sozial-Bildungs- und Kultur- Ausschuss am 6.5.2021)

Als erste Maßnahme für Rottenburg schlägt DIE LINKE einen Runden Tisch „Kinder und Corona-Pandemie“ unter Beteiligung von Kinderärzten, Psychotherapeuten, MOK-KA und unter Beteiligung von Kindern und Eltern vor.

Er sollte bei Rückgang der Inzidenzzahlen so schnell wie möglich stattfinden, damit Betroffene über ihre Bedürfnisse und alle Interessierte über das lokale Präventionsprogramm in Rottenburg sprechen können.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Habeck (Grüne) für Waffenexport in die Ukraine

Der Co-Parteivorsitzende Robert Habeck hat nach einem Besuch beim ukrainischen Präsidenten Selenskyj dafür plädiert, „Defensivwaffen“ in die Ukraine zu schicken. Seit sieben Jahren befindet sie sich wegen der Ostukraine im Krieg mit prorussischen Separatisten. Zugleich wirbt Habeck dafür, dass die Ukraine Mitglied der NATO wird. Offensichtlich haben viele Grüne aus den Bundeswehr-Einsätzen in Afghanistan und im Mali nichts dazugelernt. Aber die Wählerschaft weiß jetzt, was sie vom grünen Bundestagswahlprogramm zu halten hat, in dem es heißt, die Partei wolle „mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete“ beenden!

Mehr Geld für Tourismus-Werbung als für arme Kinder

Hoffmeister-Kraut will Werbung für touristische Reisen ins Ländle mit zwei Millionen Euro aus der Landeskasse fördern, nachdem sie gerade 15 Mio. Euro für einen Pavillon in Dubai in den Sand gesetzt hat. Gerade hat Sozialminister Lucha in seinem Kinder-Armutbericht verkünden müssen, dass die Kinderarmut im Land von 2009 bis 2019 um mehr als die Hälfte zugenommen hat, auf jetzt 19 Prozent! Als „zentrale Strategie“ gegen Kinderarmut will er die Kommunen zu „lokalen Präventionsnetzwerken vor Ort“ auffordern und für „Vorsorgemaßnahmen“ lächerliche 600.000 Euro für Hunderttausende Kinder im Ländle zur Verfügung stellen. Ob das für einen Lolli für jedes Kind reicht? Man sieht, wo die Prioritäten der neuen grün-schwarzen Landesregierung liegen!

Zweites Stuttgart 21 unter Grün-Schwarz?

Irrwitziger Ergänzungsbahnhof soll Kapazitätsengpässe beseitigen

Die Einsicht kommt spät, aber sie kommt. Viele Befürworter, darunter aus der CDU, erkennen langsam, dass die Kapazität des S21-Tiefbahnhofs völlig unzureichend ist. Der neue grün-schwarze Koalitionsvertrag sieht deshalb einen zusätzlichen unterirdischen Ergänzungsbahnhof vor.

Ziemlich genau zehn Jahre zu spät hat die Südwest-CDU eingeräumt, dass der S21-Tiefbahnhof nicht hält, was er bisher versprach. Deshalb sollen nun laut Koalitionsvertrag alle Chancen genutzt werden, um das überflüssigste aller DB-Projekte fortzuentwickeln. So soll quer zum achtgleisigen Tiefbahnhof – also dem alten Mist – an dessen Nordseite ein unterirdischer sechsgleisiger Ergänzungskopfbahnhof – das ist der neue Mist – gebaut werden, statt einfach den gut funktionierenden 16-gleisigen Kopfbahnhof zu erhalten. Dieser neue Bahnhof wäre 210 Meter lang und 60 Meter breit und würde direkt an den Tiefbahnhof andocken. Die zuführenden Gleise verlaufen durch Tunnel, um die Bebauung auf den frei werdenden Gleisflächen nicht zu beeinträchtigen.

An solchen Plänen hatte Verkehrsminister Hermann schon seit Längerem herumgetüftelt, von denen aber die CDU bisher nichts wissen wollte. Als grüner Tiefbahnhof-Gegner der ersten Stunde weiß er nur zu gut, was er da am Hals hat: „Ich kann nicht sagen: Scheiß-Bahnhof. Ich muss mir Gedanken machen, wie ich das Beste raushole.“ Immerhin soll manchem CDU-Verhandler in der Facharbeitsgruppe „Mobilität“ endlich ein Licht aufgegangen sein.

Der Koalitionsvertrag beschäftigt sich nicht etwa mit dem Bahnhof als solchem, sondern mit dem, was am „Eisenbahnknoten Stuttgart 2040“ verbessert werden muss, d. h. er soll laut Versprechen der CDU künftigen Anforderungen weiterer Angebotssteigerungen genügen und nicht nur einer Verdoppelung der Fahrgastzahlen bis 2030 (Deutschlandtakt) gerecht werden.

Wäre die CDU vor zehn Jahren, nach mehr als hundert Stunden Schlichtung oder spätestens dem bekanntlich nicht einmal auf dem Papier bestandenen Stresstest schon so weit gewesen, wäre

nicht nur Stuttgart und seiner Region, sondern mit größter Wahrscheinlichkeit auch der Partei selber viel erspart geblieben. Stattdessen hat sie den Kampf um den Tiefbahnhof gewonnen und alle politischen Gestaltungsmehrheiten in der Stadt für lange Zeit verloren, weil jede, aber wirklich jede der bisherigen Gelegenheiten ungenutzt blieb, sich von den Scheuklappen zu befreien.

Der Bau des Ergänzungsbahnhofs hätte folgende Konsequenzen:

- **Kostenexplosion:** Das gesamte Projekt kostet, realistisch ge-



rechnet, 3,5 Milliarden Euro mehr und kommt auf insgesamt 15 bis 20 Milliarden Euro. Dabei würden sich die Verfasser des Koalitionsvertrags an das schwäbische Motto „Mr gäbet nix“ halten und in den Vertrag hineindikieren, dass die neuen Projekte „ohne Zusatzkosten für das Land“ umzusetzen und „durch den Bund“ zu finanzieren seien.

- **Dauergroßbaustelle:** Die Bauzeit des Gesamtprojekts verlängert sich um mindestens ein Jahrzehnt und weit über das Jahr 2040 hinaus. Grün-Schwarz mutet der Stuttgarter Bevölkerung eine Großbaustelle im Zentrum der Landeshauptstadt mit bis zu vier Jahrzehnten Bauzeit zu.

- **Doppelter Offenbarungseid:** Stuttgart 21 ist zu klein – nach mehr als zehn Jahren Bauzeit wird erkannt: Man braucht sechs weitere Gleise. Und: Die Erweiterungsstation soll ein Kopfbahnhof sein.

- **Tunnelbauwahn:** Neben den bisher geplanten 60 Kilometern Tunnel sollen weitere 40 Kilometer hinzukommen, einschließlich dem „Bilgertunnel“ auf den Fil dern. Es gibt dann weltweit keine vergleichbare Stadt mit so vielen Kilometern Tunnel.

- **Panoramabahn-Wortbruch:** Aus Heiner Geißler's Schlichterspruch geht eindeutig hervor: „Die Panoramabahn bleibt erhalten“. Doch im Koalitionsvertrag geht es genau um das Gegenteil - den Abbruch dieser weltberühmten Bahnstrecke exakt an der Stelle, wo diese besonders attraktiv ist.

Doch mittlerweile, elf Jahre nach dem offiziellen Baustart und über neun Jahre nach der Volksabstimmung im November 2011 (an deren Ergebnis die Landesregierung keineswegs gebunden wäre), scheint der Käs', um ein Kretschmann-Zitat aufzugreifen, tatsächlich für die meisten gegessen. Das Projekt läuft doch schon, so der Tenor, es ist schon viel gebaut, kann eh nicht mehr gestoppt werden, da lohnt die Beschäftigung nicht mehr.

Die Zahlen aber sprechen eine andere Sprache, nämlich dass es einen Baustopp geben sollte, dass das Projekt neu angeschaut und auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Man hört jetzt immer öfter: „Wir bräuchten eine Denkpause über Stuttgart 21 hinaus“, denn nicht nur hier habe sich die Gesellschaft „völlig verfahren“.

Im Schwabenland wird das größte und teuerste Infrastrukturprojekt Deutschlands gebaut. Der neue Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz ist ein einziges Eingeständnis, dass die Deutsche Bahn, das Land und die Stadt in Sachen Stuttgart 21 ein Vierteljahrhundert lang in Beton gegossenen Unsinn erzählt, geplant und gebaut haben. Doch anstatt den logischen Schritt aus diesem Eingeständnis zu ziehen und das Monsterprojekt einzustellen, sagen Grün-Schwarz auf Landesebene: **“Dann bauen wir halt ein zweites Stuttgart 21“.**

Das muss unbedingt verhindert werden, weshalb wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Neuer Armuts- und Reichtumsbericht für Deutschland

Bundesregierung beschönigt weiterhin soziale Spaltung

Teilweise erschreckende neue Zahlen und Erkenntnissen enthält der 6. Armuts- und Reichtumsbericht, den die Regierung jetzt vorlegte, nachdem sie noch etliche Textstellen „angepasst“ hat.

Trotzdem zeigen die Zahlen, dass die Vermögensverteilung noch stärker ist als bisher bekannt: Die obersten zehn Prozent der Haushalte besitzen nicht nur 59, sondern 64 Prozent des gesamten Vermögens, fast 30 Prozent sind in der Hand von einem Prozent der Haushalte!

Die Regierung führt diese Superreichen unter der Kategorie „Wohlhabenheit“. Dagegen ist das Vermögen der Ärmsten und der Mittelschicht sogar gesunken, so dass sich die Armut verfestigt und die soziale Spaltung verschärft hat. Die Hälfte der Bevölkerung besitzt nur ein halbes Prozent des Reichtums.

Sozialer Aufstieg?

„Aufstieg durch Leistung“ verkommt zum Treppenwitz in unserer Gesellschaft. Dafür sorgt vor allem Schröders Agenda-Politik, denn „Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz. Gehörten 1995 noch ein Drittel der Arbeitslosen sozial zur „Mitte“ der Gesellschaft und nur 15 Prozent zu den Armen, so waren 2015 zwei Drittel aller Arbeitslosen arm. Die Leistungen der Grundsicherung reichen überhaupt nicht zur Lebenssicherung und müssten auf mindestens 600 Euro angehoben werden, so der Paritätische.

Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hat nicht nur einen massiven Druck auf alle Löhne ausgeübt, sondern mit der Abschaffung der Zumutbarkeitsregel auch die Qualifikation der Arbeitslosen

mit einem Strich beseitigt. Der Mindestlohn hat eine leichte Verbesserung gebracht, aber *noch immer gehören*

Ungleichheit steigt. Und der Bericht weist nach, wie dramatisch sich die Situation gerade der Arbeitslosen verschärft hat, kommentiert Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen, den Bericht. Der Ausbau von Bildung und Infrastruktur nütze den Armen nichts, die laufende Umverteilung von unten nach oben müsse jetzt umgekehrt werden. Oxfam weist auf die politischen Gefahren der wachsenden Spaltung hin, denn immer mehr Arme und Arbeitslose nehmen nicht mehr an Wahlen teil.



acht bis neun Prozent der Erwerbstätigen zu den „working poor“ - Armut trotz Arbeit! Das liegt vor allem daran, dass viele Unternehmen immer noch Stundenlöhne unterhalb von 8,50 Euro zahlen, stellt die Regierung fest!

Pandemie verschärft Armut

Der Regierungsbericht schätzt, dass bereits im letzten Jahr derjenigen, die durch die Corona-Pandemie Einkommen verloren haben, auf 15,5 Mio. Menschen angestiegen ist. Die obere Hälfte der Bevölkerung verfügt über 70 Prozent aller Einkommen, die untere Hälfte gerade mal 30 Prozent. Der Bericht belegt, wie sowohl Armut als auch Reichtum wachsen und sich verfestigen.

Die so genannte ‚Mitte‘ schrumpft, soziale Mobilität nimmt ab und soziale

Anja Piel vom DGB-Vorstand kritisiert die Ergebnisse und fordert zahlreiche Maßnahmen, darunter „den Niedriglohnsumpf auszutrocknen, die Tarifbindung zu stärken, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen und Minijobs in Jobs mit Sozialversicherung zu verwandeln. Außerdem ist es Zeit für eine Vermögenssteuer, eine wirkungsvolle Erbschaftssteuer sowie die stärkere Besteuerung von Kapitalerträgen.“

DIE LINKE setzt sich zudem für eine sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein, eine armutsfeste Grundsicherung, die Anhebung des Kurzarbeiterlohns und eine dauerhafte Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Spahns Villa in Berlin-Dahlem

Per Gericht wollte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dem seriösen Tagesspiegel verbieten lassen, dass seine neue Villa im Nobel-Viertel Dahlem 4,125 Mio. Euro kostet. Denn er besitzt nicht nur diese Villa, sondern weitere teure Wohnungen in Berlin. Bereits im Juli 2015 kaufte Spahn für einen sehr hohen sechsstelligen Betrag eine Wohnung in Schöneberg mit 171 Quadratmetern, die er bis heute zufällig an FDP-Parteichef Christian Lindner vermietet. Ebenfalls erwarb er im August 2017 für einen hohen sechsstelligen Betrag eine weitere Wohnung im selben Stadtteil. Verkäufer war der Pharmamanager Leyck Dieken, der 2019 Geschäftsführer der Gematik GmbH wurde, die vom Gesundheitsministerium kontrolliert wird. Da Spahn „nur“ ca. 20.000 Euro pro Monat verdient, stellen sich viele die Frage, woher die Millionenbeträge für den Immobilienerwerb stammen. Gerüchten zufolge hat sie die Sparkasse Münsterland gewährt, in dessen Verwaltungsrat Spahn bis Sommer 2015 saß.

Nachhaltigkeit in Rottenburg

Rathausrunde vom 24. Juni 2021

In den neuen Förderrichtlinien der Stadt steht:

„Die Stadt Rottenburg leistet einen Beitrag zur weltweiten Zukunftsfähigkeit unserer Erde, von Menschen, Gesellschaft und Umwelt. Nachhaltigkeit bedeutet, ökologisch, ökonomisch und sozial so zu handeln, dass allen Menschen heute und den zukünftigen Generationen vergleichbare oder bessere Lebensbedingungen gesichert werden. Nachhaltigkeit ist somit die Grundlage für ein gutes Leben. Das gilt nicht nur für weit entfernte Weltgegenden oder eine ferne Zukunft, sondern fängt hier und heute bei uns allen an.“

Solche Bezeugungen hören sich gut an. Der Landesnaturschutzverband BW stellt hingegen fest:

„Nachhaltige und flächensparende Stadtentwicklung hat seit vielen Jahren eine große Bedeutung für die Stadt Rottenburg. Allerdings zeigt die Stadt Rottenburg durch einige Planungen beispielsweise im Galgenfeld oder aktuell mit dem geplanten interkommunalen Gewerbegebiet zwischen Eutingen, Ergenzingen und Baisingen gerade das Gegenteil.“

In der letzten Sitzung wurde der Auslegungsbeschluss zu einem Bebauungsplan nach dem Flächenfraß-Paragrafen 13b BauGB durchgewunken. Dabei kam erstmalig der ab

Mai beschlossene Nachhaltigkeits-Check zum Einsatz. Auf meine Frage, ob dieser erläutert werde, raunte ein Gemeinderatskollege, das gehe ihm auf den Sack.

Genau dieser junge Mann schrieb in der letzten Rathausrunde: „Nehmen wir doch etwas mehr Rücksicht. Egal in welcher Art.“ Auf Rücksicht hoffe ich nicht mehr, aber auf das aufrichtige Interesse an der Sache. **Reflexartig und in steter Regelmäßigkeit werden durch den Gemeinderat naturschutzrechtliche Bedenken und Einsprüche von Fachbehörden zurückgewiesen.**

Erst vor kurzem hat das Bundesverfassungsgericht unserer Regierung ins Stammbuch geschrieben, sie müsse ihren Zielen auch Taten folgen lassen.

An Symbolpolitik mangelt es nirgends. Es mangelt daran, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Das ernsthafte Bemühen um Nachhaltigkeit sind wir den künftigen Generationen schuldig. (Hervorhebungen durch die Redaktion)



Marlene Fischer

Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Rottenburg - Ergenzingen

Schulabsentismus bei Jugendlichen

Corona als „Beschleuniger“

Im Sozialausschuss berichteten Stefan Schmeckenbecher vom Diaspora-Haus und Carolin Fuhrer über die Probleme mit SchülerInnen, die dem Unterricht fern bleiben (Absentismus) und sich damit große Probleme für ihr späteres Leben, für Ausbildung, Beruf und Familie einhandeln.

Seit 2019 werden im Projekt „Aufwärts“ Jugendliche aus fünf Rottenburger Projektschulen - Hohenberg, Kreuzerfeld, Gemeinschaftsschule Ergenzingen, Ziegelhütte und SBBZ im Weggental - ab Klasse 7 betreut, um sie alltagstauglich zu machen. Im Durchschnitt geht es um zehn Jugendliche pro Jahr, mehrheitlich Jungen. Durch die Schulsozialarbeit sind sie nicht mehr zu erreichen, es geht um aufsuchende Arbeit im familiären Be-

reich. Die Probleme ziehen sich durch Jugendliche aus allen Schichten.

Schon in den ersten Monaten 2021 sind 14 Fälle von Schulabsentismus aktenkundig geworden - Corona wirkt als Beschleuniger. Dabei steht die Wiederaufnahme des Schulbesuchs nicht im Vordergrund, sondern es geht darum, Vertrauen aufzubauen, Stabilität zwischen Helfer und Jugendlichen herzustellen und dadurch Angststörungen vor Leistungsdruck, Mobbing, Misserfolge abzubauen. Das benötigt Kontinuität der Arbeit.

Ihr steht der ‚Projektcharakter‘ der Helferguppe entgegen, sprich: das Projekt wird hälftig je durch den Landkreis und durch den Europäischen So-

zialfond der EU (ESF) finanziert. Jedoch gibt es ab Ende 2021 eine Finanzlücke für eine halbe Stelle. Aufgrund seines anschaulichen Vortrags erhielt Stefan Schmeckenbecher die Zusage für (finanzielle) Unterstützung von allen Fraktionen im Sozialausschuss.



Eberhard Kohler, Leiter des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums (SBBZ) im Weggental, ermahnte die Stadt, sich auch für eine Schulsozialarbeiterstelle an seiner Schule einzusetzen, die seit Jahren fehlt.

Für beide Anliegen wird sich DIE LINKE bei den nächsten Haushaltsberatungen einsetzen.

Streit um Sozialquote für DHL-Wohnungsbau

Jeckel-Erwerb enthält hohe Risiken

Gerade hatte der Gemeinderat mehrheitlich für den Erwerb des Jeckel-Areals am Marktplatz rund 850.000 Euro und zusätzlich einige Hunderttausend für die Überplanung beschlossen. Insgesamt sollen laut Rottenburger Post in den nächsten Jahren dafür rund 18 Mio. Euro fließen. Wie, das ist noch völlig unklar, weil mit zahlreichen Risiken (z.B. Umbau, Vermietung, Nutzung) verbunden.

Doch als ich am Sitzungsende Nachfragen zum Zeitungsartikel „Nachholbedarf bei der Sozialquote“ vom selben Tag hatte, reagierte OB Neher sichtlich gereizt. Denn der Artikel hatte aufgedeckt, dass der Immobilien-Investor Aberdeen Standard auf seinem Baufeld 77 Wohnungen errichten lässt, von denen aber nur sieben Sozialwohnungen sind. Zudem lässt Aberdeen die Vermietung über die Buwog, eine Tochtergesellschaft des Wohnungskonzerns Vonovia, organisieren.

Dies veranlasste mich zur Frage, wie die Einhaltung der Sozialquote auf dem DHL-Gelände sichergestellt sei und ob die städtische WBR nicht sinnvollerweise ein zweites Baufeld erwerben

sollte. OB Neher reagierte darauf mit einem Angriff auf die Presse, der Sachverhalt mit der Sozialquote sei für manchen Journalisten offensichtlich zu kompliziert, Instone Real Estate sei nicht vertragsbrüchig. Er hoffe, dass jemand gegen so einen verleumderischen Artikel vorgehe. Als Hellseher würden Journalisten mehr verdienen.

Es sei von vornherein klar gewesen, dass das Projekt an Investoren vergeben werde, die Sozialquote aber erst ganz am Ende nach Quadratmeterzahl und nicht nach Wohneinheiten abgerechnet werde. Auch gebe es Investoren aus der Region, die in ihrem Baufeld überhaupt keine Sozialwohnungen zuließen.

Zudem habe die städtische WBR in den letzten drei Jahren mit Unterstützung des Gemeinderats eine große Kraftanstrengung unternommen, die im ganzen Land vorbildlich sei. Jede Wohnung, die auf dem DHL entstehe, auch im Hochpreissegment, mache anderswo eine andere Wohnung frei. Je mehr Angebot, desto günstiger sei der Preis der frei werdenden Wohnung für den Nachmieter, die Mietpreise würden dadurch insgesamt sinken. Die WBR

werde im DHL, im Kreuzerfeld, in der Sülchenstraße und in Stadtteilen wie Ergenzingen, Baisingen, Kiebingen und Wurmlingen aktiv werden.

OB Neher „vergaß“ freilich zu erwähnen, dass es **DIE LINKE** war, die die Umwidmung des DHL-Geländes von einem Gewerbegebiet in ein Mischquartier mit großen Anteil an Wohnungsbau sowie die Gründung des städtischen WBR entscheidend vorangetrieben hat, nachdem das Gelände jahrelang brach lag. Und schließlich ist es die Hauptaufgabe der WBR, in den (sozialen) Wohnungsbau zu investieren, wie es die Kreisbau beispielhaft vormacht:

Wohnen darf keine Ware sein. - Wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Super-Fusion von Vonovia mit Deutsche Wohnen

Übrigens: Der Vonovia-Konzern will jetzt seinen größten deutschen Konkurrenten, die Deutsche Wohnen für 18 Milliarden Euro aufkaufen. Vonovia wäre dann europaweit der größte Immobilienkonzern mit über 500.000 Wohnungen, die ca. 90 Milliarden Vermögen repräsentieren.

2020 stieg der Konzern-Umsatz um 6,3 Prozent auf 4,37 Milliarden Euro. Unter dem Strich fast eine Verdreifachung des Gewinns auf rund 3,3 Milliarden Euro nach 1,3 Milliarden Euro in 2019. Die Dividende für die Aktionäre stieg um über sieben Prozent. Bis auf Herrn Neher ist der Konzern in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit deutschlandweit bekannt geworden durch seine undurchsichtigen Miet- und Heizkostenabrechnungen und teuren Umlegungen von Modernisierungen auf die Mieter.

Im Ländle besitzt der Konzern seit 2015 über 21.500 Wohnungen, die er über die landeseigene LBBW-Bank - sprich: Grün-Rote Landesregierung - im Bieterstreit mit Kommunen erwarb. Knut Unger, als Vorsitzender des Mietervereins Witten, berichtet über seine Erfahrungen: „Jede Abrechnung, ob für Nebenkosten oder Modernisierung, ist falsch. Die Täuschung hat System.“

Zur jetzigen Fusion erklärte Ursel Beck, Sprecherin der Vonovia-Mieterinitiative: „**In Wirklichkeit geht es um Profitmaximierung durch Synergie-Effekte und durch eine größere Markt- und Lobbymacht.**“

Der neueste Krimi von Wolfgang Schorlau „Kreuzberg Blues“ beschreibt sehr anschaulich die Praktiken von Wohnungskonzernen zur Steigerung von Dividenden aus Mietgewinnen.

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Patentfreigabe für Corona-Impfstoffe erforderlich

Gesundheitsminister Spahn besuchte zusammen mit Premierminister Macron kürzlich die Republik Südafrika. Nicht einmal zwei Prozent der gesamten Bevölkerung sind geimpft.

Spahn wandte sich erneut gegen eine Patentfreigabe der Corona-Impfstoffe, wie sie die USA, Frankreich und Südafrika fordern. Er will stattdessen Produktionskapazitäten durch Kooperation mit europäischen Pharmakonzernen aufbauen, frühestens in einigen Monaten – unterstützt durch deutsche Staatssubventionen.



In Tübingen polemisierte FDP-Zweitkandidat Nils Högsdal gegen die Forderung der **LINKEN** nach Freigabe von Impfpatenten. Dabei geht es um

eine zeitliche begrenzte Freigabe mit Entschädigung für die Konzerne gemäß § 13 Patentgesetz, das Högsdal offensichtlich nicht kennt.

Schon jetzt haben die Konzerne große Summen vom Staat für ihre Impfproduktion erhalten: Biontech 375 Mio. Euro, Curevac insgesamt rund 300 Mio. Euro.

Die Gewinnmargen der Pharmaindustrie bei Impfstoffen liegen laut AOK-Chef Vauth bei 26,5 Prozent.

(EP)

*Zur Forderung nach Freigabe der Patente erklärte die Tübinger Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion **DIE LINKE Heike Hänsel***

Bundesregierung und Pharmakonzerne müssen ihre Blockadehaltung gegen Patentfreigabe bei Corona-Impfstoffen aufgeben!

„Die Befürwortung eines sogenannten WTO-Waivers für die Aussetzung von Patenten auf Corona-Impfstoffe ist eine wegweisende Entscheidung der US-Regierung und eine Ohrfeige für die Bundesregierung und die EU, die dies in der WTO bisher blockiert haben. Dabei zählt jede Stunde im Kampf gegen die Pandemie, wie die katastrophalen Zustände in Indien und Brasilien zeigen.

Der Tod vieler Menschen hätte vermieden werden können, wäre bereits von Beginn an letztes Jahr in die weltweite Impfstoffproduktion investiert worden. Bisher haben die ärmsten Länder gerade einmal 0,3% des Impfstoffes erhalten, 80% dagegen die reichen Länder. Die Pandemie lässt sich nur global bekämpfen“, erklärt Heike Hänsel.

„Auch die Bundesregierung und die EU-Kommission müssen jetzt Menschenleben vor Profite der Pharmakonzerne stellen und ihre Blockadehaltung gegenüber der Aufhebung des Patentschutzes für die Impfstoffe aufgeben! Die Pharmaunternehmen, ebenso das Tübinger Unternehmen CureVac, sind jetzt gefordert, nach einer Lizenzfreigabe, schnell umfassenden Technologietransfer und Produktions-KnowHow zur Verfügung zu stellen. Die Zeit drängt!“

Sülchenfriedhof - Schänzle - Eugen-Bolz-Platz

Gastbeitrag von Berthold Biesinger, Rottenburg

In letzter Zeit werde ich öfters auf meine Leserbriefe angesprochen. Insbesondere auf die mit grünen Themen. Da leben wir doch in einer Stadt, die einmal eine Landesgartenschau ausrichten wollte und deren OB laut verkündet hat: Wir machen das auch ohne Schau. Irgendwie muss er wohl nicht viel in der Stadt unterwegs sein .

Vor einer Woche hat mich eine ältere Dame angerufen, im Sülchenfriedhof sei schon lange nicht mehr gemäht worden. Ich habe heute vorbei geschaut. Die Löwenzahn sind verblüht und die Samen verteilen sich auf den Gräbern. Nirgendwo sonst habe ich auf Friedhöfen so was gesehen.

Nachdem die Platanen auf dem Eugen Bolz Platz als Apfelbäume geschnitten waren, hat Herr Weigel laut getönt, diese würden wieder zu Kästen erzogen. Es war die Rede von

Gerüsten. Wenn ich vorbeifahre ist davon nichts zu sehen. Ich nehme an, das wird halt mal wieder ausgesessen.

Am Schänzle sind nun die ersten Arbeiten abgeschlossen. Ich sehe aber nur viel Beton, Wasser auf den Rasenflächen, Wege mit nicht abgebundener Decke, die kein Gehbehinderter benutzen kann. Da ja der neue Neckararm erlebbar sein soll, frag ich mich, wie das gehen soll mit einer Wassertiefe von über 60 Zentimetern. Ich hoffe nur dass sich da nicht herausstellt, dass man einen Zaun bauen muss. Sitzgelegenheiten sehe ich auch keine.

Es sind im Schänzle in den Pfüthen Biotope entstanden. Die ersten Molche haben sich angesiedelt. Ein sachverständiger Bürger hat das dokumentiert. Sperren Sie die Pfüthen ab. Die Reptilienfreunde werden sich um das Ganze kümmern.

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Regionalverband Neckar-Alb ermöglicht großen Flächenfraß

Widerstand gegen den neuen Regionalplan

Wen wundert noch der wachsende Politik- und Demokratieverdross? Viele Einwände erhielt der Regionalverband Neckar-Alb – verantwortlich für die drei Landkreise Reutlingen, Tübingen und Zollern-Alb – gegen die 5. Änderung des Regionalplans., der 2020 vorgestellt wurde.

Er ermöglicht, statt bisher 270 Hektar jetzt fast 400 Hektar mit Gewerbe zu bebauen. Möglich wird dies vor allem durch die Umwandlung von Vorranggebieten mit starkem Schutz von Natur und Landwirtschaft in „Vorbehaltsgebiete“.

Über 2.000 Einwände von Bürgerinnen und Bürgern, von Naturschutz- und Bauernverbänden und staatlichen Stellen wurden vom Block aus CDU, SPD, Freien Wählern und AfD wie leeres Papier beiseite gewischt. Über 1.750

Eigentlich hat der Regionalverband die Aufgabe, zwischen den konkurrierenden Interessen der Kommunen in den drei Landkreisen ausgleichend zu wirken und Landschaft und Natur entsprechend den Landesgesetzen zu berücksichtigen. So hatte das Landratsamt Tübingen den Plan mit den Worten scharf kritisiert:

„Die Planungen umfassen die Rücknahme von 40,7 ha Vorrangfläche für die Landwirtschaft. Es handelt sich hierbei um Vorrangflur I, gute bis sehr gute Böden. Flächen der Vorrangflur I sind der landwirtschaftlichen Nutzung unbedingt vorzuzulassen, Umwidmungen z.B. als Bauland, Verkehrsflächen, naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen u.a.m. müssen AUSGESCHLOSSEN bleiben.“
(Hervorhebung durch die Redaktion)



Dabei hatte der Regionalverband gerade beschlossen, sich für den Innovationspark Künstliche Intelligenz zu bewerben und keinen Hektar Fläche neu zu versiegeln. Bei so dicken Brettern fassen sich manche an den Kopf!

Grenzen des neuen Regionalplans

Die völlig abwegige Behauptung von OB Neher, wegen eines Beschlusses vor 17 Jahren brauche man im Ortschaftsrat Baisingen und im Gemeinderat über das Flugfeld nicht mehr zu beraten, wird vom Regierungspräsidium Tübingen gerade rechtlich überprüft. Das beantragt die Ortschaftsrätin Dr. Sophia Brambilla aus Baisingen. Außerdem kann das Flugfeld nur mit Gewerbe bebaut werden, wenn Rottenburg mit

Bürgermeistertrio ist Treiber bei der Umwandlung des Flugfeldes

Entgegen allen Beschönigungen der Rathauspitze, der Regionalverband habe von ihr einen Antrag für die Umwandlung der Vorrangfläche in eine Vorbehaltsfläche auf dem Flugfeld verlangt, heißt es in den offiziell zugänglichen

Unterlagen des Regionalverbands:

„Die Umwandlung des Vorranggebiets regionaler Grünzug in ein Vorbehaltsgebiet sowie die Rücknahme des Gebietes für Landwirtschaft im Bereich des sog. Flugfeldes Baisingen erfolgten **auf Antrag** und in Abstimmung mit **der Stadt Rottenburg am Neckar.**“

Einwände allein aus Ergenzingen/Baisingen erklärte OB Neher für lächerlich, die Stadt hätte das Gewerbegebiet Flugfeld mit fast 41 Hektar schon vor 17 Jahren beschlossen und hätte weder einen Beschluss des Ortschaftsrats Baisingen noch des Gemeinderats benötigt. Finanzbürgermeister Bednarz sekundierte, indem er aus 32 Anfragen, zur Hälfte von Handwerkern, für 7,5 Hektar aus dem Jahr 2020 habe. Gewerbe würde mehr Arbeitsplätze als die Landwirte schaffen.

Mit diesen fadenscheinigen Argumenten wurden die Anträge der **LINKEN** und der Grünen, das Flugfeld aus der jetzigen Planänderung herauszunehmen, abgeschmettert. Selbst das Regierungspräsidium Tübingen hatte gefordert, das Flugfeld erst bei der nächsten Planänderung zu behandeln, weil in Ergenzingen-Ost in vier Kilometer Luftlinie, für die Hälfte der 111 ha Gewerbefläche noch keine Bebauungspläne vorliegen.

Regionalverband versagt bei Interessensausgleich

Gegen die zahlreichen Einwände wiederholt der Regionalverband immer demselben Textbaustein: Gemäß 32 Raumordnungsgesetz sind in Raumordnungsplänen, zu denen der Regionalplan zählt, ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben. (...) Zum Teil widersprüchliche Interessen und Sachlagen müssen ‚unter einen Hut‘ gebracht werden.“

Das erweist sich als reines Lippenbekenntnis, denn nirgendwo werden in diesem Regionalplan soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse überhaupt aufgeführt!

Die Forderung der **LINKEN**, die Gewerbeflächenstudie von 2018/19 wegen der Corona-Pandemie (Unterbrechung von Lieferketten, Digitalisierung mit Home-Office) und wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz für überholt zu erklären und den tatsächlichen Flächenbedarf in den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe, Infrastruktur und Wohnbau zu ermitteln, wurde völlig ignoriert.

Eutingen und dem Regionalverband Nordschwarzwald ein interkommunales Gewerbegebiet verwirklicht. Der Nachbar-Regionalverband benötigt dafür nach eigener Aussage noch mindestens zwei Jahre.

Ein drittes Hindernis könnte der neue Landesentwicklungsplan aus Stuttgart werden. Die grün-schwarze Landesregierung kann darin beweisen, wie wichtig ihr Naturschutz als unsere Lebensgrundlage tatsächlich ist. Denn **„Bodenschutz ist Klimaschutz“!** (Norbert Ziegeler, Ergenzingen)

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Verminderung der Konkurrenz zwischen den Kommunen um immer mehr Gewerbeansiedlung auf neuen Flächen. Diese Konkurrenz wird verschärft, indem den Kommunen von der Landesregierung immer mehr Aufgaben ohne angemessene Gelder aufgebürdet werden, gerade im sozialen und schulischen Bereich. Beispiele sind der jahre-

>>>



lang verschleppte Schulbau (Sanierung, Erweiterung), die Ganztagsbetreuung, die schulische Digitalisierung mit ihren

Millionenbeträgen und die Abwälzung von Corona-Kosten auf die Kommunen.

Das macht deutlich: **Wir brauchen einen Neustart, der den Klimaschutz mit den sozialen Aufgaben der Daseinsvorsorge verbindet. Die Kommunen sind systemrelevant, weil sie entscheidend sind für die kommunale Bauleitplanung (mit der Flächenversiegelung) und mit über 70 Prozent aller öffentlichen Investitionen.**

Deshalb war der Widerstand gegen

den neuen Regionalplan nicht das Ende, sondern erst der Auftakt für den Kampf um bessere Lebensqualität und Klimaschutz! Deshalb plant das Aktionsbündnis bereits neue Aktionen.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
Mitglied im Regionalverband
„DIE LINKE“
Rottenburg

Müllverbrennung durch Holcim – Ein schmutziges Geschäft Landratsamt lehnt Erweiterung der Kalkstein-Abbaufäche ab

Die Emissionsschutzbehörde des Zollernalbkreises hat den Antrag der Schweizer Firma Holcim endgültig abgelehnt, die Kalkstein-Abbaufäche am Plettenberg um knapp 8,8 Hektar zu erweitern.

Holcim hatte den Antrag bereits im Juni 2018 eingereicht, sich aber geweigert, die Antragsunterlagen zu ergänzen. Nicht nur die Bürgerschaft hatte 36 Widersprüche eingelegt, sondern sogar die Stadt Balingen, weil sie am Verfahren nicht beteiligt wurde. Die drei Vorsitzenden des Vereins für Natur und Umwelt Zollernalb (NUZ) Norbert Majer, Bernd Effinger und Siegfried Rall hatten starke Kritik geübt und den Holcim-Antrag als hinterlistig und illegal bezeichnet, weil er die Öffnung des Plettenbergs nicht erst 2025 wie versprochen vorsah, sondern bereits wesentlich früher.

Das Änderungsverfahren auf eine Gesamtfläche von 25 Hektar erfordere zudem eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit öffentlicher Beteiligung – all das lehnte der Landratsamt ab. Jetzt geht die NUZ vor den Verwaltungsgerichtshof Mannheim (VGH) und will dort klären lassen, warum ausgerechnet beim größtem Luftverschmutzer im Ländle noch nie eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Regierungspräsidium Tübingen (RP) als Aufsichtsbehörde stattgefunden hat. Den teuren Prozess haben unzählige Spender aus der ganzen Region ermöglicht.

RP Tübingen verschleppt Anfragen

Wie Holcim bestätigte, wurden 2019 insgesamt 1.378 Tonnen Kohlenmonoxid, 500.000 Tonnen Kohlendioxid,

265.000 Kilo Stickoxid und 707 Kilo Schwefeldioxid verbrannt! Dieser Müll aus Dachpappe, Altreifen, Ölen, Klärschlamm und Kunststoffen enthält Schadstoffe wie Cadmium, Quecksilber, Blei und Zink. Laut der aktuellen 17. Bundes-Immissionschutzverordnung erlaubt der Gesetzgeber der Zementindustrie, selbst bei hochgiftigen Schadstoffen, die Grenzwerte zu überschreiten.

Das RP Tübingen erließ zahlreiche Sondergenehmigungen für Holcim und verbleibt weiterhin bei der Umweltverträglichkeit (genauso wie bei der Lärmbelästigung durch die neue Seilbahn) untätig. Der Konzern erwirkte beim RP auch problemlos den Einsatz von größeren Mengen an „Ersatzbrennstoffen“, sprich: statt 60 Prozent, aktuell 85 und künftig 100 Prozent Müll und zwar mehrere Tonnen pro Stunde, um seinen Gewinn auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung zusätzlich zu versilbern.

In seinem Schreiben weicht Regierungspräsident Klaus Tappeser (RP Tübingen) allen konkreten Klagen des NUZ aus, weil sie „ohne Konkretisierung“ seien: Die neue Lärm-Seilbahn sei planfestgestellt, der Widerspruch von Holcim gegen das Landratsamt Zollernalbkreis sei in Arbeit und deshalb ohne weitere Auskünfte. Holcim habe Anträge zu einer vorzeitigen Ent eignung von Grundstücken eingereicht. Wen schützt hier das RP?

Was bringt mehr Profit?

Die Müllverbrennung in Zementwerken wie von HeidelbergCement oder Holcim wird schamhaft als „Ersatz-

brennstoff“ bezeichnet. Dabei erklärt Holcim inzwischen selbst, dass für den Konzern die Müllverbrennung „systemrelevant“ ist, sprich: ein Millio nengeschäft.



In seinem Werk Lägerdorf (Schleswig-Holstein), 50 Kilometer nördlich von Hamburg, wird Zement aus Kreide hergestellt und als Brennstoff lange Zeit Erdöl und dann Kohle benutzt. **Seit 2014 arbeitet Holcim mit „Ersatzbrennstoffen“, das waren 2019 über 240.000 Tonnen Müll und machte damit einen Zusatzgewinn von 13,5 Mio. Euro, rund die Hälfte des gesamten Betriebsgewinns!** Zugleich wurden fossile Brennstoffe wie Erdöl, (Braun-)Kohle auf ein Drittel reduziert.

Als weltweit größter Zementhersteller kündigte Holcim 2019 an, seine globale Müllverbrennung auf jährlich 80 Mio. Tonnen zu erhöhen. Der Konzern prahlt auf seiner Homepage damit, dass er seinen Gewinn 2019 um satte 2,1 Milliarden Franken steigern konnte, ein Plus von 32 Prozent gegenüber 2018, obwohl der Verkaufsertrag für Zement zurückging. Woher das wohl kommt?!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Hinweis: Suchen Sie unter „holcim dotterhausen csc“

Die süße Verführung nicht nur für Kinder – bitter bezahlt

Julia Klöckner (CDU) verharmlost Gefahren und täuscht Öffentlichkeit

Die Deutschen wollen gesund essen, doch es gelingt ihnen nicht. In Deutschland leidet jeder zweite Erwachsene an Übergewicht und jeder vierte an starkem Übergewicht, also Adipositas. Und das hat Folgen.

Ein zu hohes Körpergewicht kann neben Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gelenkproblemen und Organschäden einen Diabetes Typ 2 verursachen. Bis 2040 erwarten wir in Deutschland bis zu 12 Mio. Menschen mit Diabetes Typ 2, dem sog. „Altersdiabetes“. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO haben sich die Zahlen seit 1975 welt-

weit ernähren, doch es gelingt ihnen nicht. Warum? Unstrittig ist, dass Übergewicht entsteht, wenn man mehr Kalorien aufnimmt, als man verbraucht. Ginge es nach den Verbraucherverbänden, wäre das Problem dadurch zu lösen, dass Fett, Salz und Zucker in Fertigproduktion und Getränken reduziert wird.

Industrie blockiert

Aber die Lebensmittelindustrie fügt aus verschiedenen Gründen Zucker zu. Neben der Funktion als Geschmacksverstärker erzeugt Zucker Volumen

Belgien eingeführt. Dieses Ampelsystem berücksichtigt Salz, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Kalorien. **Doch die deutsche Politik wehrt sich seit Jahren gegen verpflichtende Kennzeichnungen und weitere effektive Maßnahmen, um gegen Adipositas vorzuzugreifen. In Sachen Prävention ist Deutschland ein Entwicklungsland.**

Gefahren für Kinder

Für Kinder und Jugendliche ist die frühe Gewöhnung an Zucker besonders schlimm. Zwar ist eine Zuckersucht für Menschen nicht bewiesen, aber For-

Kleine Fortschritte und Forderungen im Kampf gegen Diabetes und Adipositas

Der öffentliche Druck hat einige Verbesserungen erreicht: 2020 trat eine Verordnung in Kraft, die den Zusatz von Zucker, Honig, Fruchtsaft, Malzextrakt oder ähnlichen Süßungsmitteln in Säuglings- und Kleinkindertees untersagt. Außerdem vereinbarte Klöckner nach Gesprächen mit der Lebensmittelwirtschaft eine Reduktionsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Ferticlebensmitteln. Diese sieht vor, dass der Zuckergehalt in Cornflakes oder Müslis für Kinder um 20 Prozent sinken soll, bei gesüßten Milchprodukten und Erfrischungsgetränken für Kinder um 15 Prozent. Außerdem darf seit 1. Juni 2021 im Fernsehen, den sozialen Medien und Druckmedien keine irreführende Werbung mehr erscheinen,

die Kinder Nahrungsmittel verspricht zum Beispiel mit „hohem Vollkornanteil für körperliche Leistungsfähigkeit“. Bisher gaben Lebensmittelkonzerne allein für Werbung für Kindernahrung 1,5 Milliarden Euro pro Jahr aus! Dennoch kritisiert die Ärztezeitung, dass alles nur „auf freiwilliger Selbstverpflichtung“ der Lebensmittelkonzerne beruht.

Foodwatch fordert zusammen mit dem wissenschaftlichen Beirat des Bundesernährungsministeriums „verbindliche Maßnahmen wie eine gesetzliche Beschränkung des Kindermarketings, eine Zuckersteuer auf Süßgetränke sowie eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung mit dem französischen Ampelkennzeichnung Nutri-Score, um eine gesunde Ernährung effektiv zu fördern“.

weit verdreifacht, 2016 waren mehr als 1,9 Milliarden Erwachsene übergewichtig, Tendenz steigend.

2015 führten im Vergleich aller Industrieländer die USA und Mexiko die Statistik an. Mit sieben Mio. Menschen, die an Diabetes Typ 2 erkrankt sind, belegen wir Deutsche laut der International Diabetes Federation im europäischen Vergleich einen der vordersten Plätze.

Aber wie kam es zu solch einer drastischen Entwicklung?

Auch wenn Burger, Pommes und Cola ebenso in Deutschland verzehrt werden, achten viele Deutsche auf eine gesunde Ernährung. Sie wissen, dass zu viel Zucker und Fette ungesund sind. Ein Großteil spricht sich dafür aus, den Fertigprodukten weniger Zucker zuzusetzen. Sie wollen sich ge-

und Textur (Mundgefühl). Ein Großteil der Supermarktprodukte beinhaltet zugesetzten Zucker. So verzehrt jeder Deutsche pro Tag im Schnitt 98 Gramm Zucker. Die WHO empfiehlt, dass so genannte freie Zucker maximal 10 Prozent der Gesamtenergiezufuhr eines Tages ausmachen sollen. Bei 2.000 Kilokalorien wären das höchstens 50 Gramm am Tag, das entspricht immerhin zehn Esslöffeln Zucker. Doch erst die Zutatenliste offenbart zugesetzte Zuckerarten: Mit mehr als 60 irreführenden Bezeichnungen enthalten diese laut Verbraucherschützern keinen Mehrwert. Zudem können die Hersteller selbst die Portionsgrößen angeben.

Nutri-Score

Der ‚Nutri Score‘ lässt auf einen Blick erkennen, wie gesund ein Produkt ist. Er wurde bereits in Frankreich und in

scher wiesen nach, dass Ratten auf Zucker ähnlich reagieren wie auf Kokain. Umso fataler ist, dass **in Deutschland jedes siebte Kind übergewichtig ist.**

2018 haben mehr als 2.000 Ärzt*innen in einem offenen Brief von der Bundesregierung Maßnahmen gegen Fehlernährung, eine verständliche Kennzeichnung, steuerliche Anreize für Lebensmittelhersteller und die Beschränkung von Werbung für Kinder gefordert. Denn deren Lebensmittel enthalten oft viel mehr Zucker als von der WHO empfohlen – auch Bioprodukte! Bundesagrarministerin Julia Klöckner erwarb sich im letzten Jahr in einem Video mit dem Deutschland-Chef von Nestlé den Ruf für Schleichwerbung. Sie sprach sich lange gegen eine ‚Ernährungspolizei‘ aus und setzt auf eine ‚freiwillige‘ Zuckerreduktion der Hersteller bis 2025.

>>>

Auch wenn sich einige Hersteller bereit erklärten, ihren Produkten weniger Zucker zuzusetzen, blieben große Erfolge bis heute aus!

Dabei gibt es positive Beispiele, die zeigen, dass der Eingriff des Staates in ernährungspolitischen Fragen Erfolge erzielt. Dazu gehören die klare Kennzeichnung von Lebensmitteln in Chile und die Softdrinksteuer in Großbritannien. Sie bewirkte, dass Hersteller den Zuckergehalt ihrer Getränke binnen zwei Jahren im Schnitt um ein Drittel

senkten. Während in Großbritannien eine Fanta von Coca-Cola 4,6 Gramm Zucker pro 100 Milliliter enthält, liegt der Anteil einer deutschen Fanta bei knapp 8 Gramm. Der Zuckergehalt in Cornflakes oder Müslis für Kinder soll um 20 Prozent sinken bei gesüßten Milchprodukten und Erfrischungsgetränken für Kinder um 15 Prozent.

Laut einer repräsentativen Studie des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung befürwortet die Mehrheit der Deutschen den ‚Nutri

Score‘ – die Bundesministerin lenkte angeblich ein: Das Modell wird jedoch nur **freiwillig** eingeführt! Eine Zuckersteuer lehnt Klöckner kategorisch ab. Auf den Offenen Brief von vor zwei Jahren bekamen die Ärzt*innen bis heute keine Antwort.



Irmgard Kussauer
Ortschaftsrätin
„Bürger für Ergenzingen“

Jugendvertretung Rottenburg

Planung von vier interessanten Projekten

Beteiligung von Jugendlichen an der Politik ist eine sehr wichtige Sache und ist deswegen auch im deutschem Gesetz verankert unter anderem im Sozialgesetzbuch und der baden-württembergischen Gemeindeordnung. Jedoch ist die Wahl der Jugendbeteiligung gemeindeabhängig, deswegen sind wir umso glücklicher, dass sich die Stadt Rottenburg dafür entschieden hat ein „ständiges“ Gremium einzusetzen

Die Arbeit der Jugendvertretung ist eine Projektarbeit. Wir haben uns in einer Vorbereitungsphase für vier Projekte entschieden, welche in Gruppen von ungefähr fünf Jugendvertreterinnen und Jugendvertretern bearbeitet werden. Nachdem ein Projekt abgeschlossen ist, werden sich die daran beteiligten Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter einem neuen Projekt widmen können. Von diesen vier aktuellen Projekten werden auch schon zwei in relativ naher Zukunft stattfinden.

Das erste dieser Projekte ist das **Open Mic Projekt**, welches voraussichtlich in den Sommerferien stattfinden soll. Hier wird Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit geboten, sich auf einer Bühne künstlerisch auszuprobieren; das ist natürlich nicht nur eine super Möglichkeit für die Heranwachsenden ihre Fähigkeiten darzustellen, es bringt auch wieder einen Teil Kultur in das durch Corona so strapazierte Leben zurück. Der Eintritt ist mit 3 Euro auch für Jugendliche sehr attraktiv. Das Ganze wird selbstverständlich einem angemessenen Hygiene-Konzept unterliegen.

Das nächste Projekt, welches auch schon in greifbare Nähe rückt, ist die **Juniorwahl**, die im September kurz vor der Bundestagswahl stattfinden wird. Die Idee dieses Projektes ist es, sowohl zu wissen, wie das Wahlverhal-



ten der Jugendlichen wäre, wenn sie wählen dürften als auch den Jugendlichen ein Gefühl für richtige Wahlen zu geben. Zu diesem Zweck werden beispielsweise Wahlkabinen aufgestellt und möglichst realistische Wahlzettel verwendet.

Ein weiteres Projekt, das hoffentlich bald stattfinden kann, ist das von der Jugendvertretung geplante **Sportfest**. Dieses soll schulübergreifend an einem Schultag veranstaltet werden und soll den Jugendlichen die Möglichkeit geben, nach Corona in einem lockeren Rahmen Sport zu treiben und endlich wieder die Erfahrung eines *realen* Miteinander zu haben.

An diesem Tag sollen Schülerinnen und Schülern gemeinsam Spaß haben, neue und alte Freundschaften pflegen

und sich mit gleichaltrigen in einem am Ende stattfindenden Turnier messen können.

Das vierte und bis jetzt letzte geplante Projekt ist der Thementag:

Psychische Krankheiten und Suchtprävention.

Da psychische Krankheiten einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Probleme von Schülerinnen und Schülern bilden, halten wir es für wichtig, den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, wie sich gegebenenfalls Hilfe holen können oder was auch für andere getan werden kann.

Die Idee des Projekts ist es unter anderem, Schülerinnen und Schülern ein bewusstes Verhältnis zu Drogen - nicht von oben herab mit erhobenem Zeigefinger, sondern auf Augenhöhe - zu vermitteln.

Die Planung des Tages sieht eine Mischung aus Selbsterarbeitung im Rahmen von Workshops und Information und Aufklärung in Form von Vortrags- und Podiumsdiskussionen vor.

Der Thementag soll an einem Schultag in der Gemeinschaftsschule im Gäu als Test laufen und könnte bei Erfolg auf weitere Schulen in Rottenburg ausgeweitet werden.



Levi Waldheim Ochoa
Jugendvertreter
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Nichts knackt mehr

Ein weiterer Schritt zum Abbau der Grund- und Bürgerrechte

Sie erinnern sich noch an das Knacken in der Telefonleitung, das mit „Jetzt hören sie wieder mit!“ kommentiert wurde. Diese knackigen Zeiten sind vorbei. Man nennt das „technischen Fortschritt“.

Sie gehören gewiss auch zu den guten Bürgern, die nichts zu verbergen haben. Sie handeln nicht mit Drogen, Frauen und Waffen, sie hinterziehen keine Steuern, terroristisches Gedankengut ist Ihnen fremd, Sie haben keine Verbindungen zu Mafia und Ndrangheta, Cosa nostra oder Camorra, das Darknet bleibt für sie dunkel. Kurz: Sie sind eine anständige, ehrenwerte Person, ehrlich und gesetzestreu. rechtschaffen halt.

Weshalb hat ihr Staat ein Interesse daran, dass sie als unbescholtene Person ohne jeden Anfangsverdacht präventiv ausgehorcht werden können ohne eine Straftat begangen zu haben? Was versprechen sich die Bürgerkontrollreue von ihrem Tun? Prävention, Angstmache, Aufklärung, Schutz vor Terrorismus, Gewinn an innerer Sicherheit, wenn sie mich auf WhatsApp verfolgen?

Natürlich findet sich immer ein Vorwand härtere Überwachungsgesetzes zu formulieren. Steuerhinterzieher,

Terroristen und anderen Bösewichten gilt es auf die Schliche zu kommen.

Man könnte noch Verständnis dafür aufbringen, dass im Verdachtsfall die aktuelle Kommunikation verfolgt wird, aber der Staatstrojaner - ein Überwachungsprogramm - ermöglicht auch längst abgeschlossene und auf einem Endgerät gespeicherte Daten auslesen.



CC BY-SA 4.0

Unterstellt, die Geheimdienste würden nur das tun, was sie tun dürfen, könnte man sich mit einem Staatstrojaner vielleicht abfinden. Aber es gibt genug aktuelle Beispiele, die das Gegenteil beweisen, angefangen beim Datensammeln über Abgeordnete bis zum fragwürdigen Aufklärungswillen bezüglich (rechts-) radikaler Umtrieben. Wo Kontrolle fehlt, tanzen die Mäuse auf dem Tisch.

Was sich so harmlos liest „Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts“, das am 10. Juni 2021 mit einer Mehrheit von 355 Stimmen aus CDU/CSU und SPD verabschiedet wurde, erlaubt allen 19 Geheimdiensten Geräte wie Smartphones oder Computer mit Staatstrojanern zu hacken. Auch die

Bundespolizei erhält die Befugnis zur präventiven Telekommunikationsüberwachung. Alle Oppositionsparteien stimmten dagegen.

Natürlich kann nicht nur der Staatstrojaner in ein Gerät eingeschleust werden, auch „belastende“ Inhalte mit denen sie nichts zu tun haben. So lässt sich jeder Verdacht erhärten. Und erbringen sie mal den Gegenbeweis! Vergleichbar wäre die Entdeckung von Schmuggelgut in ihrem PKW, das der Zöllner vorher plaziert hat und der jetzt „überrascht“ feststellt: „Ja, was haben wir denn da?“

Die politischen Verhältnisse müsse nicht so bleiben, wie sie derzeit sind. Wirklich radikale Parteien können an die Macht kommen und sie werden die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel freudig nutzen: den schnüffelnden elektronische Blockwart. Welch ein Geschenk haben die damals regierenden Altparteien hinterlassen!

Sie erinnern sich an den Artikel 10 des Grundgesetzes? Das steht etwas von Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, aber das mit den Grundrechten nimmt man ja seit Corona nicht mehr so genau. Und: Verschlüsselung war einmal.

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad wird noch bekannt gegeben.

Bedingt durch die Corona-Maßnahmen entfällt: Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Kontakt zu **linksjugend rothenburg:**
facebook.com/solid-rothenburg-a.N.
E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juliausgabe: noch unbekannt



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg